

Merseburger Kreisblatt.



Tageblatt für Stadt und Land.

(Wöchentliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ dieser anderen Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 277.

Dienstag, den 27. November 1906.

146. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Im Kreise Merseburg ist an Stelle des Gemeindevorstehers Robert Laug der Landwirt **Kurt Winkler zu Heden** zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Heden bestellt worden.

Magdeburg, den 7. November 1906.
Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen.
J. B.
Dalen.

Bekanntmachung.

Die Staatssteuerlisten gehen den Gemeinde- und Guts-Vorständen bis 4. November cr. zu und fordern ich hiermit auf, am 9. November cr. mit den Vorbereitungen der Verzinsung für das Steuerjahr 1907 zu beginnen. Diese Vorbereitungen umfassen:

1. die bis 18. November d. Js. zum Abschluß zu bringende Personenstands-aufnahme (Artikel 40 der Ausführungs-anweisung zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz vom 25. Juli 1906, Regierungs-Amtsblatt Stück 40, Sonderbeilage und Kreisblattbekanntmachung vom 20. d. Mts. Nr. 248).
- II. Die Anfertigung:
 1. des Personenverzeichnisses (Artikel 41 a. a. O.) und der damit verbundenen Gemeindesteuerliste (Artikel 42, a. a. O.)
 2. der Staatssteuerliste (Artikel 42 a. a. O.)
 3. der Staatssteuerrolle (Artikel 42, a. a. O.) und
 4. eines Verzeichnisses derjenigen Steuerpflichtigen, von welchen zum Zwecke der bevorstehenden Veranlagung eine Steuererklärung zu erfordern ist, obwohl dieselben 1906 mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mf. veranlagt waren (Artikel 42, a. a. O.).
- III. Sofort zu bewerkstellende Mitteilungen über diejenigen Personen, welche aus einem im Gemeindebezirk belegenen Grundbesitz, oder einem dabeifit betriebenen stehenden Gewerbe Einkommen beziehen, aber in einem anderen preussischen Orte zur Einkommensteuer zu veranlagen sind. (Artikel 41 II, Nummer VII. a. a. O.)

Indem ich auf die Kreisblattbekanntmachung vom 12. Oktober 1904 (Kreisblatt Nr. 252) verweise und die Gemeinde-pp. Vorstände um genaue Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen erlaube, gebe ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck, daß auch die Vorrichtungen des § 19 des Eink.-Ges. und des Artikels 30 der Ausführungs-Anweisung richtig zur Anwendung gebracht werden.

Ich empfehle, den Steuerpflichtigen Gelegenheit zur Anmeldung ihrer Schulden, Lasten, Pfanden, Schuldentilgungsbeiträge, Pfaffenbeiträge und Lebensversicherungsprämien zu geben, sowie auch ihre Angaben über die von ihnen zu unterhaltenden über 14 Jahre alten Familienangehörigen entgegenzunehmen. (Artikel 42 I, a. a. O.)

Die von der Landtschaft ausgestellten Ausweise für die Steuerveranlagung, ersuche ich den Staatssteuerlisten beizufügen.

Die zu den Veranlagungsarbeiten nötigen Formulare hält die Kreisblatt-Druckerei auf Lager.

Spätestens bis einschließlich 27. November sind durch die Gemeinde- pp. Vorstände die

vorstehend genannten Listen und Verzeichnisse dem Vorsitzenden der Vereinskommision zu überreichen. Bei nicht rechtzeitigem Eingange wollen die Herren Vorsitzenden mir sofort Mitteilung zukommen lassen.

Die Sitzungen der Vereinskommision finden in den ersten Ortstagen statt, wie im Vorjahre. Bis 10. November cr. haben mir die Herren Vorsitzenden der Vereinskommision anzuzeigen, wann Tag, Stunde des Beginns und in welchem Lokal die Einberufung erfolgen soll. Verlegung dieser Termine behalte ich mir vor. Eine Benachrichtigung der Kommissions-Mitglieder hat deshalb vorläufig zu unterbleiben.

Die Vereinskommision muß in der Regel am 8. Dezember, auch in den größeren Städten jedenfalls am 20. Dezember beendet sein.

Unmittelbar nach beendeter Vereinskommision reichen die Herren Vorsitzenden der Vereinskommision an mich ein

- a) die Staatssteuerlisten für 1906 und 1907.
- b) die Staatssteuerrollen,
- c) die Personenverzeichnisse und Gemeindesteuerlisten,
- d) die Sitzungsprotokolle,
- e) Verzeichnisse der zur Deklaration in Vorschlag gebrachten Personen,
- f) die von den Eisenbahnbesitzern den Wohnsitzgemeinden direkt zugegangenen Gehalts-Nachweisungen über die Dienstbezüge der etatsmäßigen und diätarisch besoldeten Eisenbahnbeamten,
- g) die von den Gemeinde- (Guts-) Vorständen eingezogenen Angaben über die Lohn- und Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Gewerbegehilfen und Pächterangehörigen. (Artikel 42, Absatz 3 der Ausführ.-Anw.)

Die Aufstellung der Forderungsnachweise über Vermögensgebühren für die Kommissions-Mitglieder vereinigter Vereinskommisionen (Merkblätter Verordnung vom 28. Juli 1906, Gef. S. 371) wird f. Bt. in meinem Bureau erfolgen.

Merseburg, den 28. Oktober 1906.
Der Vorsitzende der Veranlagungs-Kommission.
Graf v. Hausdoville.

Erzbischof Stabilewski 7.

* Posen, 25. November. Erzbischof Dr. v. Stabilewski ist im Alter von 65 Jahren an einem Herzschlag gestorben.

Der Verstorbene, seit 1876 Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, wurde 1891 zum Bischof von Posen-Ermland ernannt. Er ist besonders im Laufe der letzten Monate anlässlich des polnischen Schulstreiks merkwürdig in den Vordergrund getreten und galt als der Unversöhnlichsten einer.

In seiner Diözese genoss der Verstorbene hohe Achtung.

Die Nachtragsforderung für Südwästra.

Der dem Reichstag zugegangene Nachtrags-etat für das Rechnungsjahr 1906 fordert für die geplante Eisenbahn von Rubus nach Keetmanshoop als erste Rate 8,900,000 Mf., weitere vier Millionen werden für das Rechnungsjahr 1907 eingeteilt, die Kosten der ganzen Linie sind auf 21 1/2 Millionen veranschlagt.

Dem Nachtragsetat sind zwei Denkschriften beigegeben, die eine vom Großen Generalstab.

Es heißt darin: Sollte es doch gelingen, ein Ende des Aufstandes im Süden herbeizuführen, bevor die Bahn Keetmanshoop erreicht hat, so bleibt deren Bau auch dann noch militärisch notwendig. Im übrigen werden die in der neu erschienenen Fortsetzung der Denkschrift des Generalstabs über den Verlauf der Operationen auf dem Kriegsschauplatz kurz angeführten Gründe des näheren ausgeführt. Eine zweite Denkschrift führt die wirtschaftlichen Gründe auf, die neben den militärischen für die Dringlichkeit des Bahnbaues sprechen. Und zu dritt werden rein finanzpolitische Erwägungen angestellt, die zeigen sollen, daß die Bahn nicht nur keine finanzielle Mehrbelastung, sondern geradezu eine finanzielle Entlastung des Fiskus bilde. Es dürfte sogar damit gerechnet werden, daß die Bahn in absehbarer Zeit zu einer dauernden, unmittelbaren Einnahmequelle für den Fiskus werde. Welches es, wie bahnfähig, die Eisenbahntrippe zu den Bauarbeiten heranzuziehen und in genügender Zahl Kräftegefangene zu überweisen, so würden Ersparnisse gemacht werden können.

Die christlichen Arbeiterorganisationen und die Rechtsfähigkeit.

Zur Feier des Jubiläums der sozialen Arbeiterbewegung vom 17. November 1881 hat in Berlin eine Kundgebung der christlich-nationalen Arbeitervereine stattgefunden, welcher die in der christlichen Arbeiterbewegung voranstehenden Hrn. Hise, Böcker, Gieberts u. A. sowie auch Staatssekretär Graf Posadowsky mit mehreren Beamten beiwohnten. Es ist ein Mißverständnis der Ehre wert, die Arbeiter und ihre Organisationen den Forderungen der Sozialdemokratie zu entziehen. Nur ist es eine schwierige, wenn schon nicht aussichtslose Sache. Die Sozialdemokratie tritt in ihrem Kampfe selbstherrlich und brutal und völlig einseitig für die Arbeiter auf, sie kann an Verprechungen und Versprechungen alles überbieten. Auch bleibt das rein wirtschaftliche Interesse, die Raagenfrage, für die Gesamtheit der Arbeiter schließlich ein stärkerer Kitt als nationaler Christentum oder revolutionärer Sozialdemokratie. Immerhin zählen die christlichen und Hirsch-Dunkerischen, die bürgerlichen Gewerksvereine zusammen ungefähr ein Viertel so viel Mitglieder wie die Sozialdemokratie. Diese Verhältniszahl scheint sich in den letzten Jahren nicht viel verändert zu haben. Vor drei Jahren wurde mit großen Hoffnungen ein nationaler Arbeiterkongress in Frankfurt a. M. abgehalten, auf welchem die christlichen Gewerksvereine den Kern bildeten. Man kann nicht sagen, daß sich die weitgehenden Erwartungen erfüllt hätten. Aber es ist und bleibt immerhin schon ein großer Vorteil, daß eine Teilung besteht, daß nicht alle Arbeiterorganisationen unter sozialdemokratischer Fahne marschieren. Wohl sind bei verschiedenen großen Kämpfen, so namentlich beim Bergarbeiterstreik Anfang 1905, die sozialdemokratischen und die bürgerlichen Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber zusammengestanden. Oft aber waren die „Christlichen“ und die „Hirsch“ — wie sie von ihren sozialdemokratischen Kollegen genannt werden — auch ein sehr wesentliches Element für die Angriffe der Extremen und ein Mittel zur Wahrung des Friedens. Seit Jahr und Tag ist es ein heftiges Thema in der sozialdemokratischen und in der Gewerkschaftspresse, über den Verrat, die Streikbrecherie ufm. der bürgerlichen Gewerksvereine zu klagen. Es ist im vorigen Jahr viel bemerkt worden und wird

noch gelegentlich wiederholt, daß auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik zu Mannheim Geh. Kommerzienrat Kirchoff die christlichen Organisationen für schlimmer als die sozialdemokratischen erklärte, da man bei letzteren wenigstens offen wisse, woran man sei. Indes kommt es auf Zeit und Umstände an. Stellenweise haben es ja die christlichen Gewerksvereine den sozialdemokratischen zu weit getrieben, so gerade im Bergarbeiterstreik, im Saargebiet und Elsaß-Lothringen. Wie es auch anders gehen kann, dafür mag als Beispiel dienen, daß laut Zeitungsmeldungen neulich im Königreich Sachsen die christlichen Gewerksvereine in die konervative Partei aufgenommen wurden und daß in derselben Sitzung Geh. Rat Jende in den Vorstand der sächsischen konservativen Partei gewählt ward, der neben Geh. Rat Kirchoff im Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller sitzt. Jedemfalls liegt es auch im Interesse der Industrie, neben der Hauptsache, selbst soweit als möglich für das Wohl der Arbeiter zu sorgen, daß taktisch bei Kämpfen eine Teilung des Gegners vor sich zu haben und eventuell die bürgerlichen Organisationen gegen die sozialdemokratischen auszuspielen zu können.

Das Verhältnis zwischen diesen beiden gewinnt neuerdings Bedeutung aus Anlaß des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Gewerksvereine. Während die sozialdemokratische und die ihr verwandte gewerkschaftliche Presse den Regierungsentwurf in Grund und Boden verdammt, als Beginn eines neuen „Zuchthausgesetzes“ verurteilt — was sogar von der demokratischen „Frankf. Ztg.“ als lächerlich bezeichnet wird — hat jetzt in der eben erwähnten Berliner Versammlung der Zentrumsgewerksvereine Gieberts, ein Hauptführer der christlichen Gewerksvereine, erklärt, der Entwurf enthalte im erfreulichen Gegensatz zur „Zuchthausvorlage“ keine Ausnahmestimmungen, sondern den Versuch, allen gewerkschaftlichen Gewerksvereinen die Erlangung der Rechtsfähigkeit zu ermöglichen. Auch die Einzelbestimmungen stellen einen erheblichen Fortschritt dar. So wird wenigstens mit diesen Leuten eine sachliche Erörterung des Entwurfs möglich sein, wenn schon auch Herr Gieberts noch sehr übertriebene Klagen über die Mangelhaftigkeit und Langsamkeit der Sozialreform vorbrachte. Entwürfe bemerkt übrigens der „Vorwärts“ u. a., daß sogar die „Frankf. Ztg.“, die sich so gern ein sozialpolitisches Mäntelchen umhänge, sich für die im Entwurf entgegensetzte Haltung der Gewerksvereine erklärt. Dieser Grundhalt muß allerdings unter allen Umständen gewahrt werden, und es bleibt zu erwägen, ob er nicht im Gesetz selbst bestimmt formuliert wird, nicht das in dessen Begründung, wie es jetzt der Fall ist.

Die Fleischsteuerung und die Regierung.

Die „Köln. Zeitung“ meldet in einem offenbar insinuirten Berliner Telegramm: Ueber die etwaigen Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung sind die maßgebenden Regierungskreise immer noch nicht schlüssig geworden. Es steht zu erwarten, daß mit dem Amtsantritt des neuen Ministers die Erledigung der Fleischsteuerfrage ein reicheres Tempo einschlagen wird. Die ganze Lage würde allerdings, falls das letztig eingetretene rasche Sinken der Schweinepreise anhält, ein anderes Gesicht annehmen: Die Schweinepreise sind im

Durchschnitt schon unter 65 Mark gefunken, welchen Preis man im allgemeinen für die Mindestgrenze einer lohnenden Einfuhr erachtet. Auch hat sich der Unterschied zwischen inländischen Schmelzpreisen und den augenblicklichen Preisen in den Nachbarländern, die für die Einfuhr in Betracht kommen, in den letzten zwei Wochen immer mehr ausgeglichen. Es würde daher begrifflich sein, wenn die Einfuhr lebenden Viehes, bei dem die Gefahr der Seucheneinschleppung auch bei den größten Vorsichtsmaßnahmen nicht völlig beseitigt werden kann, von der Regierung jetzt weniger in Betracht gezogen würde als andere Maßnahmen. Man sollte das Augenmerk auf die Gleichstellung der Einfuhr von frischem, vor allem getrorenem Fleisch richten und diese Einfuhr schleunigt von allen se ohne zwingenden Grund erschwerenden Bestimmungen befreien.

Noch ein Kapitel über Zwangs-Zunungen und Handwerkskammern.

Was in jüngster Zeit an dieser Stelle mehrfach ausgeführt worden ist, daß die Zwangszunungen und die Handwerkskammern dem Handwerk als Ganzem bisher so gut wie gar keine direkten geschäftlichen Vorteile gebracht haben, findet seine Bestätigung in einem Artikel der „Deutschen Mittelstands-Korrespondenz“, einem Blatt, das ausschließlich die Interessen des Mittelstandes und damit auch des Handwerks zu vertreten sich nachdrücklich angelegen sein läßt.

Dieses Blatt bringt in seiner Nr. 30 folgenden Artikel: „Von den vielen den Handwerkern vor dem neuen deutschen Handwerkergesetz vom 20. Juli 1897 eingeräumten Rechten war nur in mühsamer Zahl und in bescheidenem Umfang Gebrauch gemacht worden. Was z. B. die damals schon mehr als 25 Jahre bestehenden freiwilligen Innungen angeht, hatten, ließ sichere Hoffnungen auf eine gütliche Wirkung des Innungswesens nicht begründet erscheinen. Aber die Wünsche der Handwerker in der Frage des Innungszwanges wurden durch das erwähnte Gesetz erfüllt, und auch die Handwerkskammern in sich bilden eine alte, geschäftlich durch das Handwerkergesetz größtenteils erfüllte Forderung der Handwerker.“

Doch die Klagen der Handwerker haben sich seit dem nun bald 10 Jahre bestehenden Gesetz tatsächlich nicht vermindert; die von der Zwangsorganisation erwartete Besserung der Lage der Handwerker ist nicht eingetreten. In die Handwerker selbst murren sogar über das, was sie i. Z. so lebhaft gewünscht, so dringend gefordert hatten. So schrieb dieser Tage ein Handwerkerblatt als Einleitung eines Artikels über die „Innungs-Versammlung“: „Wir sind gewiß, daß manchem im Innungsleben erfahrenen Handwerker beim Lesen dieser Ueberschrift allerlei unangenehme Erinnerungen kommen.“

Der Fremde.

Roman von Robert Koftrausch.

(63. Fortsetzung.)

Er war zu der Kranken herangetreten und hob die Hand, sie auf die Schultern zu klopfen, sie aber zog sich höflich vor ihm zurück, als er erwartete sie eine weniger liebevolle Berührung von dieser Hand. Er lagte und sah mit seinem blickenden Brillenglas zu Boyen hinüber. „Wist eine närrische Person, Alice“, sagte er, „kennst mich wohl nicht einmal heute, daß Du so ängstlich tust? Ach ja, Herr Boyen, es ist ein Leben mit so einer Kranter. Sie haben es wohl schon gemerkt, wenn Sie ein Stück mit ihr geplaudert haben. So ist sie nun schon seit vielen Jahren, es kommt kein vernünftiges Wort aus ihrem Munde. Der liebe Gott hat mir ein schweres Kreuz auferlegt.“

Er zog ein Taschentuch hervor und wuschte es an die Augen, während er die Wille auf die Stirne hinaufschob. Boyen aber achtete nicht auf ihn; Saffi war in die Thüröffnung getreten, sobald sie seinen Namen gehört, hatte ihn mit einem tiefen Blick, in dem sich Verzornis und Freude mischten, begrüßt und trat nun heran, da der Alte schwieg. „Guten Abend, Herr Boyen“, sagte sie und hielt ihm die Hand entgegen. Er sah, daß sie blaß und lebend aufschaute, wie nach einer durchwachten Nacht. „Was bringens uns Gutes?“ fragte sie mit einem Versuch, den alten Betzern Ton wiederzufinden, aber er hörte wohl, daß eine bange Sorge — vielleicht um ihn selbst — aus ihrer Frage hervorklang.

„Ja, was verschafft uns die Ehre, wenn ich fragen darf?“ begann der Alte von neuem, dessen Mißung rasch vergangen war, als er Saffis Kommen bemerkt hatte. Er hielt

Was hat uns die ganze Geschichte bisher eigentlich genützt, lautet die erste Frage. Drei, viermal im Jahre sind wir zusammengelommen, wird mancher fragen, haben eine Reihe von Formalien erledigt, Beiträge bezahlt, ein paar Glas Bier getrunken, uns dabei über dies und jenes unterhalten, aber was ist dabei herausgekommen!“

Und auch in den Jahresberichten der Handwerkskammern finden sich mangelhafte Klagen über die mangelnde Arbeitsfreudigkeit der Innungen und ihre Interesslosigkeit. Von 145 Innungen z. B., die von der Düsseldorf Handwerkskammer um Begutachtung des Entwurfs der Reichsregierung über die Sicherung der Forderungen der Handwerker angegangen wurden und die besonders an dieser Frage interessiert sein mußten, fanden es nur 19 — sagt und schreibt 19, d. i. 13 Prozent — für nötig, ein Gutachten abzugeben.

Und ferner klagen die Jahresberichte der so dringend gewünschten Handwerkskammern, daß das Vertrauen der Innungsmitglieder und die Mithilfe der Meister an den Arbeiten der Handwerkskammer recht gering seien. Der Handwerkskammer begegne man mit Mißtrauen, man fürchte sie, aber sehe in ihr nicht ein Institut, dessen Bestehen darauf beruhe sei, die Nostände und Schmerzen im Handwerksstande zu beseitigen.“ Was da die „Mittelstands-Korrespondenz“ schreibt, ist in der Hauptsache zutreffend: Man begegnet den Handwerkskammern mit Mißtrauen. Der Grund liegt darin, daß die Kammern bisher nichts geleistet haben, was dem Handwerk in seiner Gesamtheit zu gute käme, dagegen suchen sie, wie schon neulich an dieser Stelle ausgeführt wurde, alle möglichen Betriebe auf sich zu ziehen, die gar keine handwerksmäßigen sind, nur um die Jahresbeiträge und die Einschreibegelder — pro Bezahlung 3 Mark — herein zu bekommen. Diese Beiträge werden wie neue Steuern empfunden, sie müssen vielfach von Elementen aufgebracht werden, die sie selbst recht gut verwenden könnten, und für Zwecke, die ihnen problematisch erscheinen.

Wird das Gesetz perfekt, wonach nur Bezahlungen halten darf, wer den Meistertitel führt, und es werden aus einer Reihe von Betrieben die Bezahlungen einfach fortgenommen, so können die Maßnahmen, welche man im Interesse des Handwerks zur Anwendung bringen zu müssen glaubt, leicht eine ganz andere Wirkung in den beteiligten Kreisen hervor bringen, als man erwartet hatte. Verantwortlich dafür werden viele in erster Linie die Handwerkskammern machen, ob mit Recht oder Unrecht, bleibt dahin gestellt.

Wie es kürzlich im Reichstage ausgeführt worden ist: Das Handwerk hat ein Recht auf korporative Vertretung, und solche Vertretung ist die Handwerkskammer; nicht sich aber die Kammer in Betriebs-Verhältnisse ein, die nach Ansicht des Betroffenen gar nicht in ihr Ressort

sich mit geschickter Bewegung zwischen die beiden und sah Boyen mit einem behaglichen Schmungeln an, in dem dieser zugleich einen hochhaften Triumph zu erkennen meinte. „Ich möchte Sie sprechen, Herr Gloystedt“, gab er kurz entschlossen zur Antwort, „und wenn es möglich ist, Sie allein.“ „Ja, warum sollte denn das nicht möglich sein? Daneben ist noch ein Zimmer und alles ist auch nicht für die Ohren der Weibsbilder, was Männer mit einander abhandeln haben. Spazieren Sie nur gefälligst herein, Saffi bleibt hier bei der Alten, und so hat alles seine Ordnung.“

Saffi war an den Tisch in das helle Licht getreten und schaute vor sich nieder, gedankenvoll und traurig. Boyen war noch einen raschen Blick auf sie, bevor er Gloystedt folgte, und deutlicher als vorher erkannte er, wie sehr sich der Ausdruck dieses Gesichtes in den wenigen Wochen geändert hatte, seit er es zum erstenmale gesehen. Eine weiche, schmerzliche Trümmerei lag über den Zügen, das Feuer der Augen war durch die gestirnten Wimpern gedämpft, und wie das Mädchen so bestand mit leicht einander gelegten Händen, war sie ein anmutiges Bild des Graus, das ihr zugleich kesselte und rührte.

„Schließ lieber wieder ab, Saffchen, weilt ja, wie ängstlich Mutter ist.“ sagte der Alte noch im Hinausgehen, dann zog er die Thür hinter sich zu, und Boyen war mit ihm allein. In den unbestimmten Minuten des Gesichtes ihm gegenüber las er keine Hoffnung, aus diesem Munde die Wahrheit zu hören; er beschloß also, dem Manne nur zu zeigen, daß er Verdadat auf ihn habe und dann zu gehen.

„Ich will Sie nicht lange aufhalten“, sagte er, „ich möchte Sie nur bitten, mir einige Fragen zu beantworten. Ich wüßte gern, ob

gebühren und legt sie im Uebrigen den Einzelnen nur Beiträge und Lasten auf, so wird sie nicht überlastet sein dürfen, daß ihr mit Mißtrauen aus den Kreisen begegnet wird, deren Interessen sie zu vertreten und wahrzunehmen berufen ist.“

Die französisch-englische Militärkonvention.

London, 23. November.

Der „Morning Post“ wird aus Paris gemeldet, Clemenceau eigentümlich lahm Erklärung habe in vielen französischen Politikern den Glauben erweckt, daß die angelegte Militärkonvention in der einen oder anderen Form doch existiere. Der Korrespondent setzt hinzu: „Die allgemeine Stimmung scheint gegen eine solche Abmachung zu gehen, die, wenn sie in unbestimmten Ausdrücken abgefaßt wäre, ein nutzloses Mistro und, wenn in bestimmten, eine absolute Gefahr bedeuten würde. Sie könnte sich nur gegen eine einzige Macht richten, und unter solchen Umständen eine Militärkonvention zugegeben, glück dem Versuch, einen wilden Gesanten anzuführen. Es ist möglich, daß man ihn wegschreit; es ist aber auch möglich, daß man ihn zu einer Attade reizt, und die Frage ist, ob man auf letztere Alternative vorbereitet ist.“

Der allerdings nicht sehr zuverlässige Pariser Korrespondent des „Standard“ will in der Lage sein, zuverlässige Auskunft über die Sache zu geben, und zwar auf Grund einer Unterhaltung mit „einem französischen Diplomaten, dessen Stellung ihn instand setzt, mit Autorität zu sprechen“. Er schreibt:

„Es wurde mir auseinandergesetzt, daß die entente cordiale auf einer ganz anderen Basis ruhe, als der Neubund. Dieser könne in einem Fall in Anpruch genommen werden, der einen der Verbündeten nur indirekt beträufte; es war daher nötig, seine Bedingungen schriftlich zu fixieren. Soweit er die Beilegung gewisser alter Streitfragen betraf, wurde das Einvernehmen mit England auch niedergeschrieben und besiegelt; aber die entente cordiale ging viel weiter. Sie bedeutete die Anerkennung der beiden Nationen, daß im großen und ganzen ihre Handelsinteressen, ihre humanitären Bestrebungen und ihre politischen Ziele die gleichen seien und daß sich für sie eine gemeinsame internationale Politik ergebe. Da dies der Fall war, war es unnötig, etwas schriftlich zu machen; das Einvernehmen würde solange dauern, als die Bedingungen, die es hervorbrachten, und die ihnen zu gebende Ausdehnung würde durch die Umstände bestimmt. Anfanglich war es nicht nötig, von „verabredeter Aktion im Kriegsfall“ zu sprechen; als aber später die Marocco-Schwierigkeit die Möglichkeit eines europäischen Konflikt nahelrückte, wurde der beste Weg gegenseitiger Hilfeleistung erörtert. Wie und mit welchen Streitkräften England Frankreich helfen würde, falls es angegriffen würde, war der Gegen-

stand vieler Unterhaltungen, und die Schlüsse zu denen man kam, wurden niedergeschrieben. Diese Abmachung, die nicht unterzeichnet ist, ist alles, was in dokumentarischer Form von einer Militärkonvention zwischen England und Frankreich besteht. Sie ist nicht länger bindend; ihr Wert verhiwand mit der Krise, die sie erzeugte. Solange aber die Gründe für die entente cordiale fortbestehen, helfen Frankreich und England einander, wenn eines von beiden in die Lage gestellt wird, in der Frankreich zwischen dem Juni 1905 und April 1906 stand. In diesem Sinne besteht eine Militärkonvention.“

Die Tatsache, daß zwischen England und Frankreich Verhandlungen aus militärischer Art über ein gemeinsames Vorgehen im Kriegsfall bestanden haben, dürfte unbestreitbar feststehen; und ebenso ist nicht zu bestreiten, daß diese Verhandlungen sich nicht etwa nur in erster Linie, sondern überhaupt ausschließlich gegen eine einzige Macht richteten: Deutschland. Darin liegt nichts, was im gegenwärtigen Moment neu wäre; seit 1871 hat man sich bei uns mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß in jedem Kriege, den Deutschland aus irgendeiner Ursache mit irgendeiner Macht zu führen hätte, Frankreich sofort auf seinen dieser Macht in den Kampf eintreten würde. Seit vorigem Jahre wissen wir weiter, daß bei jedem deutsch-französischen Kriege England seinem neu gewonnenen Freunde zur See und zu Lande beistimmen wird, mit oder ohne Militärkonvention. Und dazu ist dann lediglich zu bemerken, daß wir zwar ungen einen Krieg mit England führen würden — aus bekannten Gründen; aber doch noch lieber als gegen England allein einen Krieg gegen die verbündeten Mächte England-Frankreich — ebenfalls aus bekannten Gründen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

* Berlin, 25. Novbr. (Sohnachrichten). Se. Maj. der Kaiser hielt heute an Bord des Flaggschiffs „Deutschland“ Gottesdienst ab. — Dem Reichstage wird, wie wir mitteilen können, voraussichtlich noch in dieser Session ein Gesetzesentwurf über die Verschleimung und Vereinfachung des amtsgerichtlichen Verfahrens zugehen. Damit würde, einem Wunsch des Reichstags und des Landtags entsprechend, die Reform des Zivilprozesses eingeleitet werden.

Die Bestimmungen des Kaisers, wonach die Kaisermandate der 1907 zwischen dem um je eine Division verstärkten westlichen und zehnten Armeekorps stattfinden, sind, wie der „Sonn. Cour.“ aus authentischer Quelle erzählt, nunmehr erfolgt. Das Kaisermandat wird voraussichtlich ganz in der Nähe Münsters abgehalten werden. Es ist hierfür bereits ein größeres Terrain bei Wolbeck in

erbauen, die mit ihm zusammenbrechen und ihn verdrängen konnten. „Ich danke Ihnen“, sagte er nach kurzem Schweigen, „diese Baleska habe ich nicht gemeint. Vielleicht können Sie mir etwas über einen anderen Namen sagen, der weniger häufig und in der Theaterwelt nicht verbreitet ist. Den Namen Jarij meine ich.“

Boyen hatte mit nachdrücklicher Betonung gesprochen, Gloystedt aber gab sich trotz dem den Anschein, als habe er nicht genau gehört. „Verzeihen Sie“, sagte er, „Jarij oder Jarij? Ich habe es nicht recht verstanden.“ „Jarij, — Jarij, — haben Sie es jetzt gehört?“

„Jawohl, jawohl, ich danke Ihnen. Jarij also, — nein Herr Boyen, den Namen höre ich von Ihnen zum erstenmal. Der klingt ja ganz kurios, ganz polnisch oder so; nein, den kenne ich wahrhaftig nicht.“

Boyen stand auf. „Es ist gut, Herr Gloystedt; ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir so genaue und wahrheitsgetreue Auskunft gegeben haben. So will mich ich Ihnen empfehlen.“ Er hatte mit scharfer Ironie gesprochen, der andere aber gab sich den Anschein als fühle er sie nicht. „Ja, da ist wenig dabei herausgekommen beunruhigender Unterhaltung. Es tut mir sehr leid, daß ich Ihnen nicht besser haben können; aber vielleicht ein andermal, Herr Boyen, lassen Sie sich nicht abschrecken. Ich weiß mancherlei, und vielleicht auch einmal etwas, das für Sie von Interesse sein könnte.“

„Wir wollen es abwarten“, entgegnete Boyen, „wer von uns dem anderen zuerst etwas der Art mitzuteilen hat. Ich werde Sie nicht vergeffen, Herr Gloystedt.“

(Fortsetzung folgt.)

